

## Kurzbericht

### Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(15. - öffentliche - Sitzung am 20. November 2013)

#### Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Niedersächsische Versorgungswerk der Rechtsanwälte**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/518](#)

*Der Ausschuss begann mit der Beratung des Gesetzentwurfes und nahm in Aussicht, die Beratung in der nächsten Sitzung fortzusetzen.*

2. **Volksinitiative gemäß Artikel 47 der Niedersächsischen Verfassung; hier: „Volksinitiative für bessere Rahmenbedingungen in den niedersächsischen Kindertagesstätten“**

Unterrichtung durch den Landtagspräsidenten - [Drs. 17/814](#)

*Der Ausschuss empfahl dem Landtag, sich mit der Volksinitiative zu befassen. Bezüglich der Beschlussfassung im Plenum sollen die Vertreter der Volksinitiative um Fristverlängerung gebeten werden.*

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Chancengleichheit durch Abschaffung und Kompensation der Studienbeiträge**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/741](#)

*Der - mitberatende - Ausschuss kam auf Bitten der Fraktion der SPD überein, den Gesetzentwurf erst in der nächsten Sitzung zu beraten.*

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Landesblindengeld für Zivilblinde**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/611](#)

*Der - mitberatende - Ausschuss schloss sich einstimmig der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration an, den Gesetzentwurf anzunehmen.*

5. **Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, der Freien Hansestadt Bremen, dem Land Niedersachsen und dem Land Sachsen-Anhalt über den Beitritt des Landes Sachsen-Anhalt zur rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Dataport“**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/862](#)

*Der - mitberatende - Ausschuss schloss sich einstimmig der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf anzunehmen.*